

HAUKE DELFS

# Komplementäre Integration

Grundlegung und Konstitutionalisierung  
des Europarechts im Kontext

*Jus Internationale et Europaeum*

101

---

**Mohr Siebeck**

# Jus Internationale et Europaeum

herausgegeben von  
Thilo Marauhn und Christian Walter

101





Hauke Delfs

# Komplementäre Integration

Grundlegung und Konstitutionalisierung  
des Europarechts im Kontext

Mohr Siebeck

*Hauke Delfs*, geboren 1982; Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen; wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Völker- und Europarecht der Universität Göttingen; 2014 Promotion; seit Mai 2014 Referendariat in Berlin.

e-ISBN PDF 978-3-16-153730-1

ISBN 978-3-16-153723-3

ISSN 1861-1893 (Jus Internationale et Europaeum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohr.de](http://www.mohr.de)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

*Meiner Familie und Christin*



„Die in den Bestimmungen des Vertrages selbst enthaltenen Normen erlangen in den Mitgliedstaaten unmittelbar mit Inkrafttreten des Vertrages Geltung, wodurch die erforderlichen Änderungen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften von selbst eintreten.

Im Vertrag sind daher Verfahren lediglich für die Fälle vorzusehen, in denen sich die Durchführung von Massnahmen nicht aus dem Vertrag selbst ergibt, sondern aus in Anwendung des Vertrages gefassten Beschlüssen der Gemeinschaft.“<sup>1</sup>

*« Les normes édictées par les dispositions du Traité lui-même sont applicables directement dans les Etats membres du fait de la mise en vigueur du Traité, qui réalise les modifications nécessaires des législations internes.*

*Des procédures ne doivent donc être prévues dans le Traité que pour permettre l'adoption de mesure résultant non du Traité lui-même, mais de délibérations prises par les institutions de la Communauté en application du Traité. »*<sup>2</sup>

„Der Ausschuss der Delegationsleiter erkannte einstimmig an, dass die Bestimmungen dieses Artikels<sup>3</sup> unbeschadet der in Artikel X (Konjunkturpolitik und Versorgungsschwierigkeiten) gegebenen Möglichkeiten auch die Schaffung finanzieller Einrichtungen ermöglichen.“<sup>4</sup>

*« Le Comité des Chefs de délégation a unanimement reconnu que, sans préjudice des possibilités offertes par l'article X (politique de conjoncture et difficultés dans l'approvisionnement), les dispositions du présent article permettent également l'institution de mécanismes financiers. »*<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> MAE 263 d/57, Arbeitsgruppe für den Gemeinsamen Markt, Bemerkungen der Redaktionsgruppe zu der vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für den Gemeinsamen Markt aufgeworfenen Frage betreffend die Rechtswirkungen der Akte des Rates, Beschränkte Verteilung für die Arbeitsgruppe f. d. Gemeinsamen Markt, Brüssel, den 24. Januar 1957, S. 1, HAEU, CM3/NEGO 192.

<sup>2</sup> MAE 263 f/57, Groupe du Marché commun, Observations du Groupe de Rédaction sur la question soulevée par le Président du Groupe du Marché Commun et relatif aux effets juridiques des actes du Conseil, Restreint pour le Groupe du Marché Commun, Bruxelles, le 24 janvier 1957, S. 1, HAEU, CM3/NEGO 192.

<sup>3</sup> Gemeint ist ein Redaktionsentwurf über Art. 235 EWGV a.F.

<sup>4</sup> Fn. 1 zu Art. A auch MAE 521 d/57, Ch. Del. 325, Ausschuss der Delegationsleiter, Fassung, die vom Ausschuss der Delegationsleiter in seine Sitzung am 9. Februar 1957 gebilligt wurde betreffend die Konjunkturpolitik, Brüssel, den 14. Februar 1957, HAEU, CM3/NEGO 202.

<sup>5</sup> Fn. 1 zu Art. A aus MAE 521 f/57, Ch. Del. 325, Comité des Chefs de délégation, Rédaction approuvée par le Comité des Chefs de délégation au cours de sa séance du 9 février 1957 concernant la politique de conjoncture (cfr. doc. Ch. Del. 285), Bruxelles, le 14 février 1957, HAEU, CM3/NEGO 202.





## Vorwort

Das Europarecht der Gegenwart steht in einem eigentümlichen Verhältnis zu seiner Geschichte. Die Europäischen Gemeinschaften sollten eine neue Rechtsordnung verkörpern, die Funktionslogik des klassischen Völkerrechts abstreifen und einen bewussten Gegenentwurf zu staatlichem Recht darstellen. Die zukunftsgerichtete Offenheit der europäischen Integration ermöglichte zugleich einen Fortschritt im Recht, der sich autonom von mitgliedstaatlichen Bindungen vollzogen zu haben scheint. Die Entstehungsgeschichte der Europäischen Verträge wurde deshalb mit der Zeit immer weniger beachtet, während rechtshistorische Perspektiven heute die Entwicklung einer supranationalen Rechtsordnung durch die Rechtsprechung des EuGH in den Mittelpunkt rücken.

Die vorliegende Arbeit erstrebt keine eigenständige Grundlegung des europäischen Integrationsprozesses. Sie unternimmt eine aus historischen Quellen gearbeitete Rechtsgeschichte der europäischen Integration, um einen Beitrag zu deren Verständnis zu leisten. Die Rolle der Supranationalität für den Integrationsprozess soll und wird durch diesen Zugang nicht in Frage gestellt werden.

Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen im Sommersemester 2014 als Dissertation angenommen. Mein aufrichtiger Dank gilt meinem akademischen Lehrer Herrn Prof. Dr. Frank Schorkopf, der die Dissertation mit großem Interesse und wertvollen Anregungen betreut und unterstützt hat. Ohne die Freiheiten, die er mir während meiner Zeit an seinem Lehrstuhl gewährt hat, hätte die Arbeit in dieser Form nicht entstehen können. Die zahlreichen Diskussionen mit meinen Kollegen und Freunden am Institut für Völker- und Europarecht der Georg-August-Universität Göttingen haben zum Gelingen der Arbeit wesentlich beigetragen.

Herrn Prof. Dr. Volkmar Götz danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Dank gebührt ferner Herrn Prof. Dr. Thilo Marauhn und Herrn Prof. Dr. Christian Walter für die freundliche Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe.

Der Georg-August-Universität Göttingen danke ich für ein Stipendium zur Ermöglichung eines Forschungsaufenthaltes in den Historischen Archiven der Europäischen Union am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, deren stets hilfsbereite Mitarbeiter ein fantastisches Arbeitsumfeld geboten haben. Erst während meiner Aufenthalte in Florenz im Frühling 2012 und 2013

haben sich die Struktur und die Untersuchungsschwerpunkte der Arbeit endgültig herauskristallisiert. Der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen und der Juristischen Gesellschaft zu Kassel danke ich für die Auszeichnung mit dem Fakultätspreis für die beste Dissertation 2014.

Nicht zuletzt danke ich meiner Familie und Christin, die mir stets jede erdenkliche Unterstützung haben zukommen lassen. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Berlin, im Januar 2015

Hauke Delfs

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einleitung und Überblick.....	1
Erstes Kapitel: Grundlegungen.....	5
§ 1 <i>Erkenntnisinteresse und Methodik: Integration durch Recht         in rechtshistorischer Perspektive</i> .....	5
§ 2 <i>Begriffsbildung, Untersuchungsfelder und weitere Gliederung:         Komplementäre Integration</i> .....	33
Zweites Kapitel: Zur Entstehungsgeschichte der Gestaltungsstruktur der Integration .....	54
§ 3 <i>Die Gestaltungsstruktur der Integration in den Verhandlungen         um die Römischen Verträge</i> .....	54
§ 4 <i>Vertragsexterne Gestaltung durch die Mitgliedstaaten als         komplementäre Integrations Schritte: Die Integrationspraxis         der Gründungsphase</i> .....	115
§ 5 <i>Intergouvernementalität als politische Ingerenz: Die Fouchet-Pläne         und die Politik des leeren Stuhls</i> .....	121
§ 6 <i>Intergouvernementalität als realistische Fortschrittsperspektive         der europäischen Integration</i> .....	140

Drittes Kapitel: Zur historischen Grundlegung der Normativität der Integration.....	158
§ 7 <i>Die Normativität der Integration in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i> .....	159
§ 8 <i>Der Zusammenhang zwischen Normativität und Krise in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i> .....	266
§ 9 <i>Normative Supranationalisierung durch Rechtsprechung: Grundsatzurteile des EuGH und historischer Wille</i> .....	284
 Viertes Kapitel: Komplementäre Integration in der Europäischen Union .....	 347
§ 10 <i>Zur gestaltungsstrukturellen Komplementarität der Integration in der Europäischen Union</i> .....	347
§ 11 <i>Komplementarität zwischen normativer und politischer Supranationalität in der Europäischen Union</i> .....	359
§ 12 <i>Die europäische Politik zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in rechtshistorischer Perspektive</i> .....	364
§ 13 <i>Zur europäischen Verfassungstheorie und -praxis vor dem entstehungsgeschichtlichen Hintergrund des Europarechts</i> .....	382
 Resümee .....	 396
Literaturverzeichnis.....	399
Quellenverzeichnis .....	428
Personenregister .....	453
Sachregister.....	455

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	IX
Inhaltsübersicht .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Einleitung und Überblick.....	1
Erstes Kapitel: Grundlagen.....	5
§ 1 <i>Erkenntnisinteresse und Methodik: Integration durch Recht in rechtshistorischer Perspektive</i> .....	5
I. Zur Relevanz der historischen Auslegung im Europarecht .....	6
II. Europarecht im Kontext .....	10
III. Zur historischen Entwicklung des Europarechts in den Europawissenschaften.....	12
1. “Integration through Law” .....	14
2. Zur Kritik von Hjalte Rasmussen.....	15
3. Politikwissenschaftliche Perspektiven .....	17
4. Soziologische Perspektiven .....	21
5. Rechtshistorische Perspektiven.....	22
6. Zusammenfassung und Problemstellung .....	27
IV. Methodik und Arbeitsweise.....	29
1. Methodischer Ausgangspunkt: Eine rechtswissenschaftliche Rechtsgeschichte der europäischen Integration.....	29
2. Arbeitsweise: Über die Herausforderungen archivalienbasierter Forschung.....	31

§ 2	<i>Begriffsbildung, Untersuchungsfelder und weitere Gliederung: Komplementäre Integration</i> .....	33
I.	Etymologische und theoretische Bedeutung komplementärer Eigenschaften .....	34
II.	Recht als politisches Gestaltungsinstrument.....	34
III.	Komplementarität im Recht .....	37
	1. Formelle und materielle Komplementarität.....	38
	2. Ebenenverschränkende Komplementarität .....	39
	a) Bundesstaatliche Komplementarität .....	39
	b) Ebenenverschränkende Komplementarität im europäischen Mehrebenensystem.....	40
	c) Völkerrechtliche Komplementarität.....	41
IV.	Informalität als komplementäre Gestaltungsform zur Rechtsetzung .....	43
V.	Semantische Implikationen: Dialektik, Holismus und Interdependenz.....	46
VI.	Komplementäre Integration .....	47
	1. Zur gestaltungsstrukturellen Komplementarität der Integration .....	48
	2. Zur Komplementarität zwischen der Gestaltungsstruktur und der Normativität der Integration.....	51
VII.	Weitere Gliederung: Zur entstehungsgeschichtlichen Differenzierung zwischen der gestaltungsstrukturellen und der normativen Supranationalität der Integration.....	52

## Zweites Kapitel: Zur Entstehungsgeschichte der Gestaltungsstruktur der Integration .....

54

§ 3	<i>Die Gestaltungsstruktur der Integration in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i> .....	54
I.	Die supranationale Tendenz der « relance européenne » .....	54
II.	Gegenläufige Integrationsmotive .....	58
	1. Integrationspolitische Differenzen innerhalb der deutschen Bundesregierung.....	59
	2. Französische « politique du possible ».....	65
III.	Zur Konzeption der institutionellen Architektur der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im sog. Spaak-Bericht .....	67
	1. Die institutionellen Ausgangspositionen der Verhandlungsdelegationen .....	69
	2. Zur Umsetzung der vorläufigen Verhandlungsergebnisse durch den Spaak-Bericht .....	73

IV.	Die Gestaltungsstruktur der Integration in den Brüsseler Integrationskonferenzen.....	78
1.	Der Spaak-Bericht als Verhandlungsgrundlage .....	79
2.	Vorschläge über die institutionelle Architektur des Gemeinsamen Marktes am Beispiel des Wettbewerbsrechtes (Art. 87 EWGV a.F.) .....	80
3.	Entstehungsgründe für die institutionelle Architektur des Gemeinsamen Marktes .....	84
a)	Der Ministerrat als Gestaltungszentrum der Integration .....	85
b)	Intergouvernementaler Mehrheitsentscheid und kommunitärer Interessenausgleich .....	94
c)	Parlamentarische Mitgestaltung auf europäischer Ebene .....	97
d)	Institutionelle Inklusion .....	104
	(1) Zur wirtschaftspolitischen Koordinierung der Mitgliedstaaten im institutionellen Rahmen der Verträge .....	104
	(2) Zur Flexibilitätsklausel des Art. 235 EWGV a.F. ....	106
	(3) Aufstellung des gemeinsamen Außenzolles .....	107
	(4) Zur Ausnahme des Art. 220 EWGV a.F.....	108
V.	Zusammenfassung und Rezeption: Die gestaltungsstrukturelle Komplementarität der EWG.....	109
§ 4	<i>Vertragsexterne Gestaltung durch die Mitgliedstaaten als komplementäre Integrationsschritte: Die Integrationspraxis der Gründungsphase .....</i>	115
I.	Gesamteuropäisches Integrationsmotiv: Zur Verwaltungszusammenarbeit im Post- und Telekommunikationssektor .....	116
II.	Relative Ineffizienz der vertraglichen Rechtsangleichungskompetenzen .....	118
III.	Zwischenergebnis .....	120
§ 5	<i>Intergouvernementalität als politische Ingerenz: Die Fouchet-Pläne und die Politik des leeren Stuhls .....</i>	121
I.	Vertragsexterne Ingerenz: Die Verhandlungen um die Fouchet-Pläne .....	121
1.	Zustimmung zur Intergouvernementalität politischer Integration.....	122
2.	Zur Opposition der niederländischen Regierung .....	128
3.	Zum Scheitern der Vertragsverhandlungen .....	131
4.	Rezeptionen.....	135



II.	Vertragsimmanente Ingerenz: Die Politik des leeren Stuhls und der Luxemburger Kompromiss.....	137
III.	Zwischenergebnis .....	139
§ 6	<i>Intergouvernementalität als realistische Fortschrittsperspektive der europäischen Integration .....</i>	140
I.	Verzicht auf eine institutionelle Reform trotz einer materiellen Vertiefung des Integrationsprozesses .....	142
II.	Verzicht auf eine institutionelle Reform trotz einer geographischen Erweiterung des Integrationsprozesses.....	143
III.	Konsens über eine stärkere Einbeziehung der Staats- und Regierungschefs in den europäischen Integrationsprozess .....	147
IV.	Akzeptanz der institutionellen Entwicklung durch die Europäische Kommission.....	148
V.	Extensive Auslegung bestehender Gemeinschaftskompetenzen durch die Staats- und Regierungschefs.....	154
VI.	Zwischenergebnis .....	156
	Drittes Kapitel: Zur historischen Grundlegung der Normativität der Integration.....	158
§ 7	<i>Die Normativität der Integration in den Verhandlungen um die Römischen Verträge .....</i>	159
I.	Monismus und Dualismus: Der völkerrechtstheoretische Hintergrund der Vertragsverhandlungen.....	160
II.	Zum Einfluss juristischer Expertise in den Verhandlungen um die Römischen Verträge .....	169
III.	Sozialpolitische Konvergenz, Unwiderruflichkeit und Sezession .....	171
IV.	Zur Entstehungsgeschichte der vertraglichen Rechtsschutzsystematik .....	178
	1. Institutionelles System und Normativität: Dualistische und monistische Ausgangspunkte .....	178
	2. Zur Grundlegung der vertraglichen Rechtsschutzsystematik.....	181
	a) Entstehungsgeschichtliche Motive für das Vertragsverletzungsverfahren .....	183
	b) Entstehungsgeschichtliche Motive für das Vorabentscheidungsverfahren.....	184
	c) Zwischenergebnis.....	189
V.	Das Verhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und mitgliedstaatlichem Recht.....	190

1. Zur Entstehungsgeschichte sekundärrechtlicher Normativität.....	191
a) Redaktionelle Ausgangspunkte über die primärrechtlichen Vorschriften zur rechtstatsächlichen Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	192
b) Redaktionelle Ausgangspunkte über die primärrechtlichen Vorschriften zur Angleichung der mitgliedstaatlichen Rechtsvorschriften .....	194
c) Grundlegung des Systems der sekundärrechtlichen Gestaltungsinstrumente durch die Redaktionsgruppe .....	197
(1) Differenzierung zwischen den normativen Wirkungen der Beschlüsse des Ministerrates .....	198
(2) Hintergrund: Unmittelbare Anwendbarkeit und unmittelbare Geltung der Rechtsetzung internationaler Organisationen in der monistischen und dualistischen Völkerrechtstheorie der Zeit .....	201
(a) Begriffsklärung: <i>Applicabilité directe</i> , unmittelbare Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit .....	201
(b) Zur unmittelbaren Geltung und Anwendbarkeit der Verordnung vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Völkerrechtstheorie .....	203
(c) Zum Vorrang der Gemeinschaftsverordnung vor mitgliedstaatlichem Recht .....	204
(d) Zur mittelbaren Geltung und Anwendbarkeit der Richtlinie vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Völkerrechtstheorie .....	205
(3) Einheitliche Geltung des Gemeinschaftsrechts und innerstaatliche Gewaltenteilung .....	207
d) Zur parallelen Diskussion über die unmittelbare Geltung von Ministerratsbeschlüssen innerhalb der Bundesregierung .....	207
e) Zur redaktionellen Umsetzung durch Art. 189 EWGV a.F.....	209
f) Zwischenergebnis.....	211
2. Zur Entstehungsgeschichte primärrechtlicher Normativität .....	211
a) Redaktionelle Ausgangspunkte der Grundfreiheiten.....	214
(1) Redaktionelle Ausgangspunkte der Warenverkehrsfreiheit.....	214
(a) Die Zollunion .....	215
(b) Die Beseitigung mengenmäßiger Beschränkungen .....	217
(2) Redaktionelle Ausgangspunkte der Kapitalverkehrsfreiheit .....	222
(a) Erster Ausgangspunkt: Zur Normativität der primärrechtlichen Verbotsnorm .....	223

(b) Zweiter Ausgangspunkt: Zur Normativität der primärrechtlichen Verpflichtung zur tatsächlichen Herstellung der Kapitalverkehrsfreiheit .....	226
(3) Redaktionelle Ausgangspunkte der Dienstleistungsfreiheit .....	229
(4) Redaktionelle Ausgangspunkte der Niederlassungsfreiheit .....	230
(5) Redaktionelle Ausgangspunkte der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	231
b) Redaktionelle Ausgangspunkte des Loyalitätsprinzips nach Art. 5 EWGV a.F. ....	232
c) Redaktionelle Ausgangspunkte der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften .....	236
d) Zwischenergebnis .....	241
e) Das Verhältnis zwischen mitgliedstaatlichem Recht und gemeinschaftlichem Primärrecht nach den Ausführungen der Redaktionsgruppe .....	241
(1) Unmittelbare Geltung des Primärrechts .....	241
(2) Unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts .....	243
(3) Vorrang des Primärrechts vor mitgliedstaatlichem Recht .....	244
f) Redaktionelle Umsetzung einer unmittelbaren Geltung und Anwendbarkeit des Primärrechts .....	246
(1) Zur endgültigen Fassung der wettbewerbsrechtlichen Vorschriften .....	246
(2) Zur endgültigen Fassung des Loyalitätsprinzips nach Art. 5 EWGV a.F. ....	247
(3) Zur endgültigen Fassung der Grundfreiheiten .....	251
(a) Zur endgültigen Fassung der Warenverkehrsfreiheit .....	252
(b) Zur endgültigen Fassung der Dienstleistungsfreiheit und der Niederlassungsfreiheit .....	253
(c) Zur endgültigen Fassung der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	254
(d) Zur endgültigen Fassung der Kapitalverkehrsfreiheit ...	254
(e) Zur individuellen Berechtigung durch die Grundfreiheiten .....	255
g) Zur Normativität des Primärrechts während der Übergangsphase .....	259
h) Zwischenergebnis .....	260
VI. Zur veränderten Tragweite des Vorabentscheidungsverfahrens im Falle einer unmittelbaren Geltung und einer unmittelbaren Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechts .....	261

1. Qualitative Änderung des Vorabentscheidungsverfahrens aufgrund einer unmittelbarer Geltung des Primärrechts .....	263
2. Qualitative Änderung des Vorabentscheidungsverfahrens aufgrund einer unmittelbaren Anwendbarkeit des Primärrechts ....	263
VII. Zwischenergebnis .....	264
§ 8 <i>Der Zusammenhang zwischen Normativität und Krise in den Verhandlungen um die Römischen Verträge</i> .....	266
I. Schutzklauseln und gemeinschaftliche Finanzierungsmechanismen im Krisenfall .....	267
1. Zur allgemeinen Systematik der vertraglichen Schutzklauseln ....	267
2. Finanzierungsmechanismen im Krisenfall: Zur Entstehungsgeschichte von Art. 235 EWGV a.F. ....	271
II. Schutzklauseln und Gemeinschaftskompetenzen im Bereich der Grundfreiheiten .....	275
III. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als „self-contained regime“ .....	279
1. Zulässigkeit von Gegenmaßnahmen im Falle einer vertragswidrigen Wechselkurspolitik, Art. 107 Abs. 2 EWGV a.F. ....	281
2. Unzulässigkeit von Gegenmaßnahmen gegenüber sonstigen Vertragsverletzungen .....	282
IV. Zwischenergebnis .....	284
§ 9 <i>Normative Supranationalisierung durch Rechtsprechung: Grundsatzurteile des EuGH und historischer Wille</i> .....	284
I. Zum Urteil des EuGH vom 6. April 1962 in der Rs. 13/61 – Bosch/De Geus .....	285
1. Zur Tragweite des Vorabentscheidungsverfahrens .....	286
2. Evolutiver Charakter der unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 85 Abs. 2 EWGV a.F. ....	287
a) Herstellung des Gemeinsamen Marktes als aufschiebende Bedingung für die unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 85 Abs. 2 EWGV a.F. ....	287
b) Erlass der Durchführungsverordnungen nach Art. 87 EWGV a.F. als aufschiebende Bedingung einer unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 85 Abs. 2 EWGV a.F. ....	288
3. Das Urteil des EuGH in der Rs. Bosch/De Geus vor dem Hintergrund des historischen Willens der Vertragsparteien .....	289
II. Zum Urteil des EuGH vom 5. Februar 1963 in der Rs. 26/62 – van Gend & Loos .....	290

1.	Zur Argumentation einer Unzulässigkeit der zweiten Vorlagefrage: Restriktive Interpretation der Tragweite des Vorabentscheidungs- verfahrens im Lichte des Vertragsverletzungsverfahrens .....	293
2.	Zur Argumentation einer Unzulässigkeit der ersten Vorlagefrage: Anwendbarkeit der Transformationslehre auf das Verhältnis zwischen gemeinschaftlichem Primärrecht und mitgliedstaatlichem Recht.....	294
3.	Zur Argumentation einer fehlenden unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 12 EWGV a.F.....	296
4.	Zur Argumentation einer unmittelbaren Geltung und eines Vorranges des Gemeinschaftsrechts nach der Stellungnahme der Europäischen Kommission .....	299
5.	Zur Argumentation einer unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 12 EWGV a.F. nach der Urteilsbegründung des EuGH ...	301
6.	Das Urteil des EuGH in der Rs. van Gend & Loos vor dem Hintergrund des historischen Willens der Vertragsparteien .....	306
7.	Zur Rezeption des EuGH-Urteils in der Rs. van Gend & Loos innerhalb der deutschen Bundesregierung.....	308
III.	Zum Urteil des EuGH vom 15. Juli 1964 in der Rs. 6/64 – Costa/E.N.E.L. ....	310
1.	Zur Argumentation einer Unzulässigkeit des Vorabentscheidungs- verfahrens nach der Stellungnahme der italienischen Regierung...	313
2.	Zur Argumentation einer unmittelbaren Geltung und einer mitgliedstaatlichen Kollisionsregel nach den Schlussanträgen des Generalanwalts Lagrange .....	314
3.	Zur Argumentation einer unmittelbaren Geltung und eines Anwendungsvorranges nach der Urteilsbegründung des EuGH ....	315
4.	Das Urteil des EuGH in der Rs. Costa/E.N.E.L. vor dem Hintergrund des historischen Willens der Vertragsparteien .....	318
IV.	Zum Urteil des EuGH vom 17. Dezember 1970 in der Rs. 11/70 – Internationale Handelsgesellschaft .....	318
V.	Zur gegenläufigen Rechtsprechungslinie des BVerfG: Solange I und II .....	320
VI.	Der Jurisdiktionskonflikt zwischen dem EuGH und dem BVerfG in entstehungsgeschichtlicher Perspektive .....	322
1.	Zum Vorrang der Gemeinschaftsverordnung vor mitgliedstaatlichem Verfassungsrecht in entstehungsgeschichtlicher Perspektive .....	324
2.	Zur Situation des Grundrechtsschutzes .....	327
3.	Zur Situation der mitgliedstaatlichen Verfassungsidentität.....	332
4.	Zur Situation der Kompetenzverteilung .....	334
5.	Zwischenergebnis .....	338

VII. Zum Urteil des EuGH vom 4. Dezember 1974	
in der Rs. 41/74 – van Duyn.....	339
1. Sachverhalt und Urteilsgründe.....	339
2. Entstehungsgeschichtliche Perspektive.....	341
VIII. Zwischenergebnis .....	346

## Viertes Kapitel: Komplementäre Integration in der Europäischen Union ..... 347

### § 10 Zur gestaltungsstrukturellen Komplementarität der Integration in der Europäischen Union ..... 347

I. Gestaltungsstrukturelle Einheitsbildung in der Europäischen Union ..	348
II. Osterweiterung der Europäischen Union und institutionelle Flexibilisierung.....	353
III. Gestaltungsstrukturelle Motive des Verfassungsvertrages .....	355
IV. Zwischenergebnis .....	359

### § 11 Komplementarität zwischen normativer und politischer Supranationalität in der Europäischen Union ..... 359

I. Mehrheitsentscheidung und selektiver Austritt in der Einheitlichen Europäischen Akte .....	360
II. Verstärkte Zusammenarbeit, völkerrechtliches Komplementärrecht und selektiver Austritt.....	362
III. Zwischenergebnis .....	363

### § 12 Die europäische Politik zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise in rechtshistorischer Perspektive ..... 364

I. Chronologie der Krisenpolitik.....	364
1. Reaktion.....	364
2. Reform .....	367
II. Intergouvernementaler Zuschnitt der Krisenpolitik und historische Motive.....	370
1. Gestaltungsstruktureller Zuschnitt der Krisenpolitik und institutionelle Teleologie der Integration .....	370
2. Zum Urteil des EuGH vom 27. November 2012 in der Rs. C-370/12 – Pringle.....	375
3. Kompetenzielle Erwägungen und historische Motive.....	377
4. Veränderte Lesart der europäischen Rechtsgemeinschaft .....	379
III. Zwischenergebnis .....	381

<i>§ 13 Zur europäischen Verfassungstheorie und -praxis vor dem entstehungsgeschichtlichen Hintergrund des Europarechts</i> .....	382
I. Konstitutionalismus und Juridifizierung: Zur Rolle des EuGH im europäischen Integrationsprozess.....	382
II. Fokus der föderalen Perspektive auf eine vertikale Gewaltenbalance .....	384
III. Das Primärrecht als funktionelle Verfassung .....	387
1. Primärrechtliche Einheit der Integration durch einheitliche Rechtsdurchsetzung .....	388
2. Primärrechtliche Einheit der Integration durch einheitliche Rechtsetzung .....	390
3. Zwischenergebnis .....	392
IV. Konstitutionalismus und Intergouvernementalismus .....	393
 Resümee .....	 396
Literaturverzeichnis .....	399
Quellenverzeichnis .....	428
Personenregister .....	453
Sachregister .....	455

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
a.A.	andere Ansicht
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJComL	American Journal of Comparative Law
AJIL	American Journal of International Law
AMG	Fond Albert-Marie Gordiani
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Archiv PF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AUILR	The American University International Law Review
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
Az.	Aktenzeichen
B	Bestand
BB	Betriebs-Berater
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Betr.	Betrifft; Betreff
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMF	Bundesminister der Finanzen
BMI	Bundesminister des Inneren
BMJ	Bundesminister der Justiz
BML	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	Bundesminister für Wirtschaft
BR	Bundesrat
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CEAB01	Fond CECA Haute Autorité, CEAB01 Service Juridique, documents from 1947 to 1978
CEH	Contemporary European History (Zeitschrift)
Ch. Del.	(Comité des) chefs de délégation
CMLRev.	Common Market Law Review
CM2/1961	Conseil des ministres CEE et Euratom – 1961



CM3/NEGO	Conseil spécial de ministres CECA – Négociations du traité instituant la CEE et la CEEA – 1955–1957
ColJEL	Columbia Journal of European Law
Conv	Convention
CPS	Comparative Political Studies
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
ders.	derselbe
Der Staat	Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte
dies.	dieselbe
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Die Verwaltung	Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung. Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft
Dok.	Dokument
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EA	Europa-Archiv
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EH	Fond Etienne Hirsch, Documents from 1934 to 1993
EJIL	European Journal of International Law
ELRev.	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EN	Fond Emile Noël, Documents from 1940 to 1996
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUR	Euro
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht. Betriebs-Berater für Europarecht
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgend
F.I.D.E.	Fédération Internationale pour le Droit Européen
ff.	(fort)folgende
FMM	Fond Franco Maria Malfatti, Documents from 1953 to 1990
Fn.	Fußnote
FW	Die Friedenswarte (Zeitschrift)
GA	Generalanwalt
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
gez.	gezeichnet
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GJL	German Law Journal
GRUR int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht. Internationaler Teil
HAEU	Historical Archives of the European Union
HFR	Humboldt Forum Recht
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Integration	Integration. Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Integration
IO	International Organization (Zeitschrift)
IP	Internationale Politik (Zeitschrift)
IPS	International Political Sociology (Zeitschrift)
JCMS	Journal of Common Market Studies
JEIH	Journal of European Integration History
JEPP	Journal of European Public Policy
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JJ	Juristen-Jahrbuch
JMDS	Jean Monnet Duchêne Sources, Documents from 1911 to 1990
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
JSA	Journal of the Society of Archivists
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KM	Fond Klaus Meyer, Documents from 1963 to 1994
lit.	littera
LS	Leitsatz
MAEF	Fond Ministère des Affaires étrangères français, documents from 1945 to 1971
Mar. Com.	(Groupe du) Marché Commun
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MK	Fond Max Kohnstamm, Documents from 1952 to 1969
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization

NJIL	Netherlands Yearbook of International Law
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation (Vorgängerorganisation der OECD)
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PU	Fond Pierre Uri, Documents from 1932 to 1991
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Recueil des Cours
Red.	Groupe de rédaction
Ref.	Referat
restr.	restreint
rev.	révisé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung der Entscheidungen des Reichsgerichtes in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft. Betriebs-Berater international
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
s.	siehe
S.Cal.L.Rev.	Southern California Law Review
Sec.	Secrétariat
SGCICEE	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne – documents from 1948 to 1972
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung
SLR	Stanford Law Review
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt
s.u.	siehe unten
UAbs.	Unterabsatz
u.a.	unter anderem
UN	United Nations
Urt.	Urteil
US	United States
VerwArch.	Verwaltungsarchiv. Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik
vgl.	vergleiche
VJIL	Virginia Journal of International Law
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VR	Völkerrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WD	Working Document

WEP	West European Politics (Zeitschrift)
WEU	Westeuropäische Union
WG	Working Group
WLR	Wisconsin Law Review
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
YEL	Yearbook of European Law
YLJ	Yale Law Journal
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZPF	Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen
ZSE	Zeitschrift für Staats- Europawissenschaft



## Einleitung und Überblick

Die europäische Integration gilt als ein weltweit einzigartiges Erfolgsmodell für den dauerhaften und institutionalisierten Zusammenschluss von Nationalstaaten, die durch zwei Weltkriege an den Rand der Selbsterstörung geraten waren. Die Theorieangebote zur Erklärung dieses Phänomens sind heute kaum mehr zu überblicken. Neben der Errichtung unabhängiger Institutionen scheint dem Recht eine besondere Bedeutung zuzukommen: Nachdem die Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren als Rechtsgemeinschaften konzipiert worden waren, ist man sich auch heute darüber einig, dass sich die europäische Integration durch Recht vollzieht.

Die klassische Erzählung über die Entstehungsgeschichte des Europarechts enthält jedoch eine Leerstelle. Der Beginn des politischen Integrationsprozesses wird zwar mit der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 verbunden.<sup>1</sup> Die Geburtsstunde des Europarechts fällt rückblickend jedoch auf den 25. März 1963. Während die Finanzminister der EWG-Mitgliedstaaten in Baden-Baden über Kontrollen von Kapitalinvestitionen aus Drittländern verhandelten, verkündete der EuGH in Luxemburg sein berühmtes Urteil in der Rechtssache *van Gend & Loos*. Das Urteil markierte eine normative Zäsur in der Geschichte der europäischen Integration. Bestimmungen der Gründungsverträge sollten den Einzelnen von nun an nicht mehr nur dann Rechte verleihen, „wenn der Vertrag dies ausdrücklich bestimmt, sondern auch auf Grund von eindeutigen Verpflichtungen, die der Vertrag den Einzelnen wie auch den Mitgliedstaaten und den Organen der Gemeinschaft auferlegt.“<sup>2</sup> Gemeinsam mit dem folgenden Urteil des EuGH vom 15. Juli 1964 in der Rs. *Costa/E.N.E.L.*,<sup>3</sup> welches den Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor mitgliedstaatlichem Recht zum Gegenstand hatte, bildet es den Gründungsmythos des Europarechts.

Die Urteile nehmen einen exzeptionellen Standpunkt in der Chronologie der europäischen Integration ein. Dieser ist mit Blick auf den Stil der Urteilsbegründungen und in dem Wissen um den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses berechtigt. Zugleich ist das Verhältnis dieser Urteile zur Entste-

---

<sup>1</sup> Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950, abgedruckt in Schulze / Hoeren (Hrsg.), Gründungsverträge, S. 8 ff.

<sup>2</sup> EuGH, Urteil vom 25. März 1963, Rs. 26/62, Slg. 1963 I (25) – *van Gend & Loos*.

<sup>3</sup> EuGH, Urteil vom 15. Juli 1964, Rs. 6/64, Slg. 1964, 1259 ff. – *Costa/E.N.E.L.*